

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radewormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 21

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage,
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 27.—
monatlich M. 9.—

Halver
Mittwoch, den 25. Januar 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
80 Pfg., auswärts 85 Pfg., im Reklameteil 1 mm hoch
90 mm breit 150 Pfg.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichstagspräsident Loebe erklärte, daß ein Scheitern des Steuerkompromisses den Rücktritt der Regierung zur Folge haben könnte, was wiederum einen enormen Marktschwund nach sich ziehen müßte.

* Die parlamentarische Lage im Reichstag hat wegen der großen Schwierigkeiten, eine Einigung in der Steuerfrage zu finden, eine bedenkliche kritische Zuspitzung erfahren.

* Die Landtagswahlen in Braunschweig ergaben fast Stimmengleichheit zwischen den bürgerlichen und sozialistischen Parteien.

* Lloyd George trat in einer stark beachteten Rede, in der er sich mit der Politik Poincarés auseinandersetzte, für weitere internationale Konferenzen zur Anbahnung einer besseren Verständigung ein.

* Frankreich verlangt in einer Note an England Abschluß des Schutzvertrages auf die Dauer von 25 Jahren und die Errichtung einer Militärkonvention.

* Der Dollar notierte an der Berliner Montagbörse mit 204 Mark.

Asquith gegen Poincaré.

„Wie anders wirkt dies Zeichen auf mich ein!“ Man hat noch den Klang der Poincaréschen Reden im Ohr, den Ton englischen Eigennutzes, niedriger Schmeichelei, aufreizender Gewalttätigkeit. Und nun kommt aus London — zwar immer noch keine Antwort für den Augenblick das Schweigen rätlicher finden mag als das Reden, aber Herr Asquith, der Führer der liberalen Partei, ist zu Geschäftsleuten der City gegangen und hat ihnen, zwischen den Zeilen deutlich bezugnehmend auf die ganz und gar unverständigen Gedankengänge, die man eben von Paris her vernommen hatte, seine Ansicht über die Weltlage vorgetragen.

Es darf gesagt werden, daß sie sich in keinem, aber auch nicht in einem einzigen Punkte mit dem Inhalt der Programmerkklärung des neuen französischen Kabinetts deckt, oder auch nur berührt. Ausgehend von der Arbeitslosigkeit in England, die in noch nicht abgesehenem Maße fortbauert, stellte er fest, daß dem Staat durch diese Katastrophe zurzeit etwa zwei Millionen Pfund Sterling in der Woche unmittelbare Ausgaben erwachsen — also vierzig Millionen Goldmark in der Woche! — ungerechnet die mittelbaren Verluste, die das Daniederliegen der Arbeitskraft einer so großen Zahl von leistungsfähigen Menschen für die Industrie und Volkswirtschaft des Landes zur Folge hat. Asquith findet den wahren Grund dieser Erwerbslosigkeit, wie auch des Niederganges des auswärtigen britischen Handels in der Tatsache, daß andere Nationen nicht in der Lage sind, unter Bedingungen zu kaufen, unter denen England verkaufen könne und umgekehrt. Man mußte darauf gefaßt sein, daß der industrielle wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands verhängnisvolle Wirkungen zeitigen werde, und durfte sich nun von ihrem tatsächlichen Eintritt nicht überrascht zeigen. Vor dem Kriege war Deutschland der beste Kunde und der beste Lieferant Rußlands, Italiens, Österreichs und anderer kleiner Staaten, war aber auch der zweitgrößte Kunde und Lieferant Großbritanniens. Also mußte auch das Verschwinden Deutschlands in dieser seiner Doppelseigenschaft als Kunde und Lieferant von den anderen Staaten als eine eigene Katastrophe empfunden werden. In Versailles und in Paris habe man sich aber mehr damit beschäftigt, die Weltkarte neu zu zeichnen und in großem Maße imaginäre, will sagen: niemals zu verwirklichte Entschädigungen festzusetzen, statt die Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaus des hungernden Europas an erster Stelle zu behandeln. Und um das Unglück voll zu machen, hätten die Staaten, kaum daß der Frieden unter Dach und Fach war, nichts Besseres zu tun gewußt, als neue Tarifkriege untereinander zu entfesseln. So sei man in immer schlimmere wirtschaftliche Unordnung hineingeraten, mit der unvermeidlichen Folge wilder Schwankungen der Wechselkurse. Nicht weniger als zehn europäische Konferenzen hätten sich seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages mit der Reparationsfrage abgemüht, bis man schließlich in das Fiasco von Cannes hineingeratete sei. Jede neue Konferenz habe das Werk der früheren abzuändern oder ungünstig zu machen gehabt, während die Welt und insbesondere die Geschäftswelt nichts dringender braucht als Gewißheit und Endgültigkeit. Zu ihnen werde man aber nicht eher gelangen, als bis die unmöglichen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages im Lichte der nun einmal unweigerlich gegebenen Tatsachen abgeändert würden. Dabei handele es sich durchwegs nicht darum, Mißdeutungen gegen Deutschland zu üben, das eigene Interesse aller hauptbeteiligten Staaten, die ihre gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit voll anerkennen müßten, dränge sie dazu, den Wohlstand Europas neu schaffen zu helfen. Das Erbe des Krieges müßten alle Nationen gemeinsam tragen; bevor man den Mut dazu nicht aufbringe, könne von einer wirklich dauernden Wiederherstellung nicht die Rede sein.

Herr Asquith ist natürlich nicht Lloyd George, und man wird seine Weisheit in Paris spöttelnd ablehnen: Der gute Mann laufe, wie ehedem in Deutschland vom Fürsten Bismarck einmal gesagt wurde, polternd hinter dem Reichswagen her. Aber einmal ist Herr Asquith durchaus kein Prediger der Wüste, denn die Versammlung von Geschäftsleuten der City, in der er sprach, nahm einen ganz in diesem Sinne gehaltenen Antrag an, worin Befreiung von Handel und Industrie von den Fesseln angefordert wird, die ihnen durch die Zwangs- und Schutzgebühren auferlegt sind, was wiederum nur denkbar ist unter Zuhilfenahme eines freien internationalen Geschäftsverkehrs, wie er wohl im Sinne von Lloyd George, durchaus aber nicht im Sinne von Poincaré und Genossen gelegen ist. Es wurde darauf hingewiesen, daß die deutsche Ausfuhr nach England in der zweiten Hälfte des Jahres 1921 sehr stark abgenommen habe, und es wurde ausdrücklich

hinzugetügt, daß die Steigerung der deutschen Wareneinfuhr vermehrte Wareneinfuhr aus England zur Folge habe, also von der britischen Geschäftswelt zu erstreben sei.

Die frühere Gegenseitigkeit zwischen den Anschauungen der liberalen und unionistischen Partei in England ist aber auch mehr und mehr in der Ausgleichung begriffen. Je näher man in England dem Wahlkampf kommt, desto stärker wird die Notwendigkeit empfunden, ihn in breiter Front zu bestehen, um die bisherige Regierungspolitik und ihren Träger Lloyd George auch für eine weitere Legislaturperiode sicherzustellen. Man hat gute Witterung in England und möchte die sich ankündigenden neuen außenpolitischen Verwicklungen nicht durch Anzeichen innerer Schwäche fördern. Der untrügliche nationale Instinkt der Engländer sagt ihnen, daß wieder einmal Gefahr im Verzuge ist, und so scheint es dahinzukommen, daß Lloyd George auf die Gründung einer eigenen neuen Partei verzichtet, um den Preis des Zusammenschlusses nationaler und liberaler Parteigruppen zu einer einheitlichen, starken und so ziemlich das Gros des britischen Bürgertums umschließenden Parteiorganisation. Hier ist es Churchill, der als Rufer im Streit auftritt. In einer Konferenz der Koalitionsliberalen wies er die Gedanken einer Spaltung unter den bisherigen Regierungsrichtungen entschieden zurück. Das große Werk der Verständigung mit Irland sei nur der Zusammenarbeit der beiden althistorischen Parteien zu verdanken. Diese Vereinigung sei zu kraftvollem geschlossenem Handeln unter Leitung des Premierministers befähigt und werde sich nicht so leicht stützen lassen. Das Bündnis werde so lange bestehen, wie die allgemeinen Interessen der Nation es verlangten. Vertrauen und Beständigkeit seien gegenwärtig die Forderungen des Tages. So will man denn nach einem Beschluß der Konferenz der liberalen Koalition in Zukunft den uns Deutschen sehr vertraut anmutenden Namen „Nationalliberale“ geben. Ein nationalliberaler Rat wurde gebildet und Lloyd George zu seinem Präsidenten gewählt. — Ein Gegenstück zu dem berühmten „nationalen Block“, der seit den letzten Wahlen in Frankreich die Kammer beherrscht und mit der gleichen Geschlossenheit Herrn Briand wie jetzt Herrn Poincaré sein Vertrauen gewährt hat.

Hier stehen, in London und in Paris, zwei Mächte einander gegenüber, deren Gegenseitigkeit auch ein Bündnis mit dem Stock fühlen kann. Fragt sich nur, wer von beiden schließlich der Klügere sein wird, der nachgeben will.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Keine unbeschränkte Ausfuhr von Kohlen.

Die Nachrichten über die Freigabe der Ausfuhr von Kohlen seitens der Reparationskommission haben vielfach zu falschen Auffassungen Veranlassung gegeben. Es wurde angenommen, daß nunmehr Kohlen in unbeschränktem Umfange von Deutschland ausgeführt werden. Diese Annahme trifft nicht zu. Die Kohlenausfuhr ist nach wie vor verboten, und Ausnahmen von diesem Verbot werden nur in den seltensten Fällen gemacht. Im übrigen verbieten die außerordentlich schlechte Lage der Inlandsversorgung sowie die ständig wachsenden Anforderungen der Reparationskommission schon von selbst die Ausfuhr von Brennstoffen. Die Bewilligung der Reparationskommission besagt nur, daß diese Ausnahmen nicht noch ausdrücklich der Zustimmung der Reparationskommission bedürfen.

Deutschland und der Wiederaufbau Rußlands.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags berichtete Reichszankler Dr. Wirth eingehend über die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen Deutschlands zu Rußland. Die Ausführungen gipfelten in der Erklärung, daß Deutschland den baldigsten Wiederaufbau Rußlands wünsche. Auch wünsche Deutschland kein deutsches Wirtschaftsmonopol, sondern die deutsche Regierung sei bereit, mit anderen Interessenten gemeinsam zu operieren, im Einvernehmen und mit Zustimmung derjenigen Gebiete, für die derartige Syndikate errichtet werden sollen. In dem hierauf folgenden vertraulichen Gedankenanstausch kam trotz der natürlichweise verschiedenen Stellung der einzelnen Parteien zu dem russischen Problem allgemein der Wunsch zum Ausdruck, daß ein Wiederaufbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland auf das Dringendste zu erstreben sei.

Einstellung des Verfahrens gegen schlesische Abtge.

Vor einiger Zeit war die Mitteilung verbreitet worden, daß seinerzeit eine Anzahl ober-schlesischer Abtger Geldgeber des Corps Oberland gewesen seien. Dann wurde gemeldet, daß der Oberstaatsanwalt ein Ermittlungsverfahren wegen Hochverrats eingeleitet habe gegen den Grafen Brachma, den Grafen Stierstorff und die Gräfin Saurma Jelsch. Nach Mitteilung des Oberstaatsanwalts ist das Verfahren gegen die Genannten bereits im November eingestellt worden.

Die Landtagswahl in Braunschweig.

Bei den im Freistaat Braunschweig abgehaltenen Landtagswahlen wurden in der Stadt Braunschweig 41 743 Stimmen für die bürgerlichen Parteien und 43 305 Stimmen für die sämtlichen sozialdemokratischen Parteien abgegeben. Nicht gewählt haben in der Stadt Braunschweig etwa 10 Prozent Wähler. Nach den aus dem ganzen Lande vorliegenden nichtamtlichen Ergebnissen haben die sozialistischen Parteien über 7000 Stimmen mehr erhalten als die bürgerlichen Parteien, jedoch nimmt man an, daß das Mandatsverhältnis ungefähr gleich sein wird. Moskauer Befehle bei den deutschen Kommunisten.

Seit einigen Tagen hält sich als Abgesandter des Exekutivkomitees der dritten Internationale in Moskau,

Herr Nadel, in Berlin auf. Er soll eine Weisung der Moskauer Zentrale überbracht haben, nach der 128 Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands auszuscheiden sind, darunter vier Reichstagsabgeordnete. Das freiwillige Ausscheiden des Abg. Geher soll bereits eine Folge dieser Anordnung sein. Die Kommunisten im Reichstage würden durch Entfernung von vier Mitgliedern von 17 auf 13 sinken. Wenn die Ausscheidenden in die kommunistische Gemeinschaft der Gruppe Levi eintreten, dann steigt diese auf 13. Beide kommunistischen Gruppen würden nicht mehr Fraktionsstärke besitzen, da dazu die Zahl von 15 Abgeordneten erforderlich ist.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der jetzt 74jährige Zentrumabgeordnete Herold, der Vertreter des Wahlkreises 17 (Westfalen-Nord), ist an Gichtkrämpfe erkrankt. Sein Zustand erscheint nicht unbedenklich.

München. Die Regierung hat dem Landtag den Entwurf einer Verordnung über die Errichtung einer bayerischen Gesellschaft in Stuttgart vorgelegt. Die Errichtung der Gesellschaft soll mit dem 1. Februar 1922 erfolgen.

Paris. Nach „Matin“ hat die französische Regierung der Kaiserin Zita von Habsburg verboten, auf ihrer Reise nach Portugal Paris zu passieren.

London. Schah Ahmed von Persien, der sich bereits im vergangenen Jahre in Europa aufgehalten hat, begibt sich am 25. Januar von Teheran nach Bagdad, um sich von dort nach Europa zu begeben. Er gedenkt sechs Monate von Persien abwesend zu sein.

Deutscher Reichstag.

(157. Sitzung.)

23. Januar.

Unter den Eingängen, von denen heute zu Beginn der Sitzung Mitteilung gemacht wurde, befand sich die Benachrichtigung von der Einladung Deutschlands zur Konferenz in Genä. Ferner wurde mitgeteilt, daß an Stelle des zum Gesandten in Wien ernannten Abg. Dr. Pfeiffer Franz Abg. Teusch (Zentr.) in das Schriftführeramt gewählt worden ist. Sodann wurde die zweite Beratung des Gesetzes über den

Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln

vorgenommen. Ohne Aussprache wurde dem Gesetz zugestimmt. Gegen die sofortige Vornahme der dritten Lesung wurde aber von demokratischer und deutschnationaler Seite Einspruch erhoben. Gegen einige Auseinandersetzungen wurde dieser Einspruch zurückgezogen und das Gesetz wurde hierauf auch in dritter Lesung und damit endgültig angenommen. Nun kam man zur ersten Lesung eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 146 Abs. 2 der Reichsverfassung,

das Reichsschulgesetz.

Staatssekretär Schulz begründete kurz die Vorlage, indem er darauf hinwies, daß der Entwurf in weiten Kreisen auf große Schwierigkeiten gestoßen sei. Allerdings wäre es auch bedenklich gewesen, wenn er irgendwo vorbehaltlos Einverständnis gefunden hätte. In zahllosen Verarmungen sei die Zurückziehung des Entwurfs verlangt worden. Die Beratung dränge außerordentlich, um wieder Ordnung auf dem Gebiete der Schulen zu schaffen. Schulstreik, halb von rechts, halb von links, lösten einander ab. Die Entscheidung über dieses Gesetz, das schon 1919 kommen sollte, müsse sobald wie möglich fallen. Das Gesetz wolle nur das Weimarer Schulkommunipromiß ausführen.

Abg. Helmman (Soz.) betonte, wir stehen diesem Gesetz mit noch größerem Unbehagen gegenüber als dem Weimarer Schulkommunipromiß. Das Beste an dem Gesetz ist, daß der weltliche Schule eine gesetzliche Grundlage gegeben wird. Im demokratischen Staat kann es nur die weltliche Schule geben. Der Nebner schloß mit dem Antrag, die Vorlage einem besonderen Ausschuss zu überweisen.

Abg. Rheinländer (Zentr.): Beim christlich-gläubigen Volke ist die Sorge um die christliche Schule nicht mehr eingeschlafen. Für uns ist in dem Schulkommunipromiß das wesentlichste der gemeinsamen Bildungsgedanke, der die deutsche Jugend zu charaktervollen, edlen Menschen erzieht, die Gottesfurcht besitzen. Durch das Schulkommunipromiß ist es uns gelungen, auch die konfessionelle Schule auf gesetzliche Grundlagen zu stellen.

Abg. Dr. Mumm (Deutsch.) bekannte sich als Anhänger der konfessionellen Schule. Im Eingang seiner Ausführungen kam es zwischen dem Redner und dem Abg. Hoffmann (Komm.) zu einer Auseinandersetzung, die unter den anwesenden Abgeordneten viel Heiterkeit hervorrief. Der Abg. Hoffmann unterbrach mit einem Zwischenruf den Redner, worauf der Abg. Dr. Mumm zurückrief: „Ich freue mich, daß Sie sich von dem Verleumdungsstich schon wieder so erholt haben.“ Der Redner sprach weiter, und nun machte der Abg. Hoffmann wieder einen Zwischenruf. Dadurch kam der Redner auf das Buch „Die zehn Gebote“, nach dem der Abg. Hoffmann seinen Beinamen hat. „Lesen Sie das mal“, rief hier der Abg. Hoffmann dem Redner zu. Darauf erwiderte der Abg. Dr. Mumm: „Ihr Buch „Die zehn Gebote“ sollte in eine sozialdemokratische Bücherammlung aufgenommen werden. Dagegen hat sich aber der Verlagsdirektor geweigert mit der Begründung, daß man nur solche Bücher lese, die von einem gewissen Bildungsgrade sprächen.“

Nach verschiedenen Einwendungen gegen die Bestimmungen der Vorlage schloß der Abg. Dr. Mumm seine Rede mit den Worten: In der Schule pulsiert das Herz des deutschen Volkes, und dieses Herz muß mit Liebe und Sorgfalt behandelt werden.

Abg. Kunkel (D. Volksp.) betonte, daß der Entwurf in der Fassung, die er gegenwärtig habe, unmöglich Gesetz werden könne. Die weiteren Verhandlungen füllten den Rest der Sitzung aus.

Preussischer Landtag.

(91. Sitzung.)

24. Berlin, 23. Januar.

Der Gesetzentwurf über die Neuwahl der Bezirksausschüsse in Breslau und Liegnitz wird dem Gemeindevorstand überwiehen. Zur gemeinsamen Beratung kommen hierauf die Anfragen, die sich beziehen auf die

Zustände im Saargebiet.

Ministerpräsident Braun führt aus, die Militärbesetzung im linksrheinischen Gebiet wird für die betroffene Bevölkerung fast unerträglich, wenn sie in willkürlicher Auslegung des Versailler Vertrages zu Vergewaltigungen und kleinlichen Quälereien führt, wie wir sie vornehmlich in den von Franzosen besetzten Gebieten leider immer wieder erleben müssen. Der Ministerpräsident setzt im einzelnen auf das Verhalten der Re-

gierungskommission im Saargebiet ein. Das diktorische Auftreten dieser Kommission bedeutet die vollständige Unterdrückung jedes Mitbestimmungsrechts. Die Regierungskommission, die mit der Sicherung des Wohls der ihr anvertrauten Bevölkerung beauftragt ist, sieht ihre Aufgabe nur in der Unterstützung der wirtschaftlichen und politischen Ziele Frankreichs. Leider hat die preussische Regierung keine wirksamen Mittel zur Abwehr dieser Vertragsverletzungen. Der gegen die deutsche Schule gerichtete Vorstoß der Regierungskommission hat nicht nur im Saarland, sondern in ganz Deutschland die größte Erregung ausgelöst. Die preussische Staatsregierung kann der Saarbevölkerung zurufen: Volk und Regierung in Preußen sehnen die Stunde der Wiedervereinigung herbei und bewahren Euch Treue um Treue! (Lebhafter Beifall.)

Abg. Meisinger (Zentr.) begründet die große Anfrage des Zentrums, die sich gegen die zwangsweise Einführung der Frankenwährung im Saargebiet wendet.

Abg. Bachem (Deutsch.) begründet die Anfragen seiner Freunde. Die eine wendet sich gegen die Falschung der Adresse an den Präsidenten der französischen Republik über den angeblichen Wunsch der Bevölkerung auf Vereinigung mit Frankreich. Die zweite Anfrage verlangt Maßnahmen der Regierung dagegen, daß die deutsche Bevölkerung des Saargebietes bis zur Abstimmung militärische, politische und kulturelle in ihrem Deutschland unterdrückt und wirtschaftlich überfremdet zu werden.

Abg. Hue (Soz.) meint, die deutschen Annexionisten arbeiten den französischen Annexionisten in die Hände. Die Sozialdemokratie werde mit aller Kraft den von französischen Schwerindustriellen bezahlten Annexionsbestrebungen entgegenzutreten.

Abg. Eichhoff (D. Volksp.), Abg. Jansen (Dem.) und Abg. Otter (N.-Soz.) stimmen im allgemeinen der Verwahrung gegen die Übergriffe der Regierungskommission zu.

Fehrenbach über den 9. November 1918.

Enthüllungen des ehemaligen Reichskanzlers.

Der frühere Reichskanzler kam bei einer Reichsgründungsfeier der katholischen Verbindungen der Berliner Universität auf die Ereignisse von 1917 und 1918 zu sprechen. Es müsse die schwere Aufgabe erhoben werden, daß zur rechten Zeit die Frage des Friedensschlusses nicht ernstlich ins Auge gefaßt wurde. Die Sozialdemokratie habe die Revolution nicht gewollt. Der Redner führte aus:

Noch am Dienstag und Mittwoch jener Woche, deren letzter Tag der 9. November 1918 war, habe ein sozialdemokratischer Abgeordneter im interfraktionellen Ausschuss gesagt: „Wir sind zwar Republikaner, aber wir können auch unter der Monarchie unsere Ziele erreichen, denn wir sind auch Demokraten. Wir wissen, daß die Mehrheit des deutschen Volkes monarchisch gesinnt ist, und wir sind deshalb bereit, den ältesten Sohn des Kronprinzen als Deutschen Kaiser hinzunehmen.“ Der jetzige Reichspräsident Ebert habe damals unablässig in sozialdemokratischen Versammlungen im Berliner Norden in dem Sinne gewirkt, daß eine Revolution von Seiten der Sozialdemokraten nicht betrieben werden solle.

Aber die Revolution sei gekommen, und das deutsche Bürgertum habe sich nicht dagegen gestellt. Jetzt sei die bestehende Verfassung die staatsrechtliche Norm für das deutsche Volk. Schließlich erinnerte Fehrenbach an 1866, wo durch den Machtpruch von Monarchen Monarchen entthront worden seien. Er wisse nicht, ob ein ganzes Volk nicht das gleiche Recht habe wie einzelne Monarchen.

Das englisch-französische Bündnis.

Ein Schutzvertrag für 25 Jahre.

Einen wesentlichen Teil der internationalen Verhandlungen zur Ordnung Europas bilden die englischen Zugeständnisse an Frankreich, welches sich in seiner unausstößbaren Furcht vor Deutschland vor allem militärisch gesichert sehen will. Jetzt sind als Grundlage der französisch-englischen Verhandlungen vier Notizen folgenden Inhalts fertiggestellt worden: 1. Die Zusicherungen der französischen Regierung zu dem englischen Vorschlag eines englisch-französischen Schutzvertrages, 2. französische Vorschläge, um dem türkisch-griechischen Krieg durch Vermittlung der Mächte ein Ende zu bereiten, 3. Regelung der Frage von Tanger, 4. Stellungnahme der französischen Regierung zur Frage der Konferenz von Genéve. Die französische Regierung verlangt von der englischen, daß der Schutzvertrag nicht für die Dauer von 10, sondern von 25 Jahren abgeschlossen werden solle. Die französische Regierung verlangt ferner, daß jede Verletzung der von den Alliierten besetzten Linien seitens Deutschlands als ein feindseliger Akt betrachtet werde, der den „Bündnisfall“ eintreten lasse. Ein deutscher Angriff gegen die englischen Linien im Rheinland solle ebenfalls als Kriegsakts betrachtet werden, durch den die französische Hilfe von selbst gegeben sei. Schließlich verlangt Frankreich, daß die militärische Hilfe zwischen den beiden Mächten in einer Militärkonvention klar zum Ausdruck gebracht werde.

Schloß Lindenstein.

Roman von Fritz Damm.

18

„Müden Schrittes ging sie in ihr Schlafkabinett und stellte das Lämpchen auf einen Tisch. Wie willenlos begann sie sich zu entkleiden, von dem draußen tobenden Herbststurm vernahm ihr Ohr nichts. Starr sah sie ins Leere. Aber als sie das Licht verließ, da packte es sie mit übermächtiger Gewalt und laut aufschluchzend barg sie, vor dem Lager knieend, den Kopf in die Kissen. In diesen Stunden der Einsamkeit rang sie ein unendliches Weh nieder. Niemand von ihren Lieben befand sich in der Nähe, aber sie empfand es fast wie ein Trost, denn dies Leid mußte vor allen Augen verborgen werden und wie hätte sie wohl den forschenden Blick einer liebenden Mutter täuschen können?“

Eine laue, bange Nacht — aber ihr folgte doch ein Morgen, wenn auch grau und trüb.

7. Kapitel.

Am Tage, bevor Ewalds Urlaub zu Ende ging, hatte dieser eine Unterredung mit seiner Mutter. Nach reiflicher Überlegung und infolge einer Unterredung mit Lore, war er zu dem Entschluß gekommen, seine Liebe zu Gerda der Mutter offen zu bekennen. Wohl macht er sich auf einen Sturm gefaßt, hoffte aber mit der Zeit ihren Widerstand zu besiegen.

Nun stand er im Zimmer der Baronin und schilderte ihr mit bewegten Worten sein Verhältnis zu der Geliebten und deren Eigenschaften.

„Sie hörte ihn ruhig bis zu Ende an. Ja, es hatte fast den Anschein, als ob seine ganze Erzählung sie völlig gleichgültig ließ. Ewald war auf heftige Einwendungen gefaßt gewesen. Diese anscheinende Ruhe und das beharrliche Schweigen machten ihn unsicher, so klangen auch seine Worte, mit denen er schloß, schon weniger fest.“

„Es drängte mich, dir, liebste Mama, Kenntnis zu geben von dem, was mein Innerstes so stark bewegt. Du weißt nun, wie die Liebe zu Gerda mein ganzes Sein und Wesen ausfüllt. Glaube meinen Worten, sie ist einer echten, treuen Mannesliebe würdig und wenn sie ihre Liebe schenkt, der ich glücklich zu preisen. Nun bitte ich nur deine Meinung über diese Sache, sie ist wichtig, denn sie betrifft das

Ein unzufriedener Gläubiger.

Wo zu die amerikanischen Milliarden dienen.

Die Amerikaner, die in vielen wichtigen europäischen Fragen eine auffallende Zurückhaltung an den Tag legen und zu unserem Leidwesen oftmals so tun, als ob viele internationale Probleme sie gar nichts angingen, haben doch in einer Frage ein höchst lebendiges Interesse an Europa, denn die meisten europäischen Staaten sind gegenüber den Amerikanern, diesen Weltbankiers des Krieges, schwer verschuldet, und in Washington überlegt man sich hin und her, wie man die ausgeliehenen Milliarden wiederbekommen oder den Verschuldungszustand Europas doch wenigstens als politisches Druckmittel benützen könne. Die Verschuldung in Amerika ist besonders deshalb so groß, weil man sieht, daß die meisten europäischen Staaten all ihr Geld für große Rüstungsausgaben verwenden, was doch so sehr den amerikanischen Abrüstungsplänen zuwiderläuft. Diese Beschwerden kamen jetzt in einer Erklärung des Senators Mac Cormick zum Ausdruck. Dieser stellte fest, daß zwischen den Pyrenäen und der Wolga mehr als zwölf Staaten beständen, von denen viele Schuldner der Vereinigten Staaten seien. Seit dem Waffenstillstand habe Amerika Europa etwa sieben Milliarden Dollar vorgeschossen.

Im vergangenen Jahre habe die Ausfuhr der Vereinigten Staaten die Einfuhr um zwei Milliarden Dollar überstiegen, was weitgehende Kreditaktionen zur Voraussetzung gehabt habe. Die europäischen Regierungen, teils Amerikas Waffengenosse, teils Amerikas Feinde während des Krieges, und die Neutralen hätten gewaltige Summen verwandt nicht nur für den außerordentlichen Wiederaufbau, sondern auch für große militärische Einrichtungen, für ein ungeheures Heerwesen und für die Bezahlung ihrer inneren Schulden. Die Lasten der unausgeglichenen Zunahme der Beamtenschaft und der Unterhaltung großer Heere erwende bei dem amerikanischen Staatsbürger nicht nur

Zweifel an dem Frieden Europas

und seiner wirtschaftlichen Zukunft, sondern dränge ihn auch die Frage auf, welche Rolle der amerikanische Staatsbürger bei der Unterhaltung der europäischen Heere spiele. Die Politik der fremden Staaten und die chronischen Fehlbeträge der europäischen Regierungen trügen dazu bei, die wirtschaftliche Unordnung der Welt und die Arbeitslosigkeit der amerikanischen Arbeiter zu vermehren. Man wolle zwar durch privaten Beistand oder durch öffentliche Hilfe an dem Wiederaufbau der französischen Dörfer teilnehmen und durch Nahrungsmittel die Kinder in den notleidenden Ländern unterstützen, sowie dem hungernden Rußland zu Hilfe kommen. Wenn aber die Fehlbeträge in den Staatsfinanzen fortbauern, wenn die weitere Ausgabe von Papiergeld fortgesetzt werde, welcher Zukunft gehe dann der europäische Kredit und der europäische Warenaustausch entgegen! — Die Amerikaner haben bekanntlich besonders den Franzosen schon deutlich mit der Wahl gedroht: Entweder abräumen, oder Schulden bezahlen! Da aber Frankreich weder das eine noch das andere tut, wird die Geduld in Washington wohl eines Tages erschöpft sein.

Mieterschutz und Mieteinigungsämter.

Ein neuer Gesetzentwurf.

Im Ausschuss für Siedlungs- und Wohnungswesen des vorläufigen Reichswirtschaftsrates wurde der Entwurf eines Gesetzes für Mieterschutz und Mieteinigungsämter behandelt. Der Gesetzentwurf setzt die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Mieträume fort. Es darf nur für die Zeit der wirklichen Mangelnot aufrechterhalten bleiben. Der Gesetzentwurf hat im Reichsmietengesetz eine Ergänzung. Der Entwurf dazu betrifft die Zwangsmietpreisbildung und sonstige Mieterschutzvorschriften. In dem im Ausschuss vorliegenden Entwurf sind die sonstigen Zwangsmaßnahmen (Zwangseingriffe in die Verfügung, Zwangsmaßnahmen über Freimachung von Räumen usw.) nicht aufgenommen; diese sollen wieder in besonderen Gesetzen behandelt werden. Der vorliegende Gesetzentwurf regelt also nur einen Teil der durch das Mietverhältnis begründeten Rechtsbeziehungen, nämlich die Frage der Aufhebung der Mietverhältnisse und die Organisation der Mieteinigungsämter. In ersterer Beziehung sind die Aufhebungsmöglichkeiten gesetzlich bestimmt; an Stelle des Kündigungsrechts des Vermieters, das beseitigt ist, soll die richterliche Aufhebung von Mietverhältnissen durch Urteil treten. Das hierüber entscheidende Amtsgericht soll, nach Vorschlägen des Ausschusses, mit Beisitzern besetzt werden, die zur Hälfte Vermieter, zur Hälfte Mieter sind.

Wohl und Wehe deines einzigen Sohnes.

Rein laut unterbrach die Stille, welche nach diesen unbewegten Zügen seiner Mutter, welche zum Fenster hinaussah. Das Schweigen haftete schwer auf Ewalds hoffender Seele.

Endlich wandte die Baronin mit ruhiger Gebärde das Haupt: „Seit wann ist es bei euch jungen Männern Sitte, der Mutter von euren abenteuerlichen Fahrten ins Reich der Minne Mitteilung zu machen?“

Diese in leichtem Tone hingeworfene Frage trieb eine dunkle Rote in Ewalds Wangen. Festig antwortete er:

„Mama! Ich hoffe, doch ernst genommen zu werden, wenn ich dir Mitteilungen von solch einschneidender Bedeutung mache. Außerdem ist deine Frage — verzeihe — geradezu beleidigend.“

Die Baronin machte eine wegwerfende Handbewegung, ehe sie gelassen fortfuhr: „Bah! Eine Liaison mit einer Kunstreiterin pflegt nur dann von einschneidender Bedeutung zu sein, wenn du dich etwa zu außergewöhnlichen, über deine Verhältnisse gehenden Opfern hättest hinreißen lassen.“

Totenblässe bedeckte Ewalds Antlitz, als er fortfuhr: „Hör auf! Du beschimpfst mich und das, was mir am Teuersten auf Erden ist. Verdamme nicht ungehört, prüfe erst selbst.“

„Würdest du mir wirklich zumuten wollen, die Zirkusprinzessin hier zu empfangen?“

Kalt und schneidend klang diese Frage in den warmen, leidenschaftlichen Ton seines Ausrufs.

Mit einem Male machte sich eine Veränderung an ihm bemerkbar. Sein Antlitz zeigte plötzlich gewaltsam erzwungene Ruhe und ward dadurch dem seiner Mutter bedeutend ähnlicher. Jetzt kam der Kampf, er fühlte es. Wer würde Sieger bleiben?

„Ja, Mama, als dein Sohn richte ich die dringende Bitte an dich, dir die Person, welche ich für würdig gefunden habe, mir als Lebensgefährtin zur Seite zu stehen und von deren Beistand mein ferneres Glück abhängt, kennen lernen zu wollen.“ — Ein spöttisches Aufschauen entfuhr dem Munde der Baronin.

„Glaubst du mich mit Phrasen einzufangen? Gehe in dich und du wirst es mir einst danken, dich von einer Torheit abgehalten zu haben.“

Nach dem Entwurf Paragraph 3 soll der Vermieter auf Aufhebung des Mietverhältnisses klagen können bei Verzug des Mieters für zwei aufeinander folgende Termine. Dies will der Ausschuss dahin ändern, daß der Mieter bei vierteljährlicher oder kürzerer Kündigungsfrist für zwei aufeinander folgende Termine, bei längerer seit zwei Monaten mit der Entrichtung des Mietzinses im Verzuge sein muß. Auch in anderen Beziehungen hat der Ausschuss der Billigkeit entsprechende Vorschläge gemacht. Dem Bericht waren interessante Gutachten bekannter Schriftsteller auf dem Gebiete des Mieterschutzes beigelegt.

An der Bahre Benedikts XV.

Benedikts Testament.

Über die letzten Stunden des Papstes liegt noch eine Anzahl bemerkenswerter Meldungen vor. Im Krankenzimmer weilten bis zu dem Augenblick, wo Benedikt XV. die Augen schloß, der Kardinal Giordani, Monsignore Magone, Dr. Battistini und der Beichtvater des Papstes, Dr. Battistini, der Leibarzt, sagte zum Papst, daß die Antworten für den Beifrieden beten würden. Der Sterbende antwortete: „Wir gäben unser Leben gern für den Beifrieden hin!“ Als dann legte er sich auf die Seite und betrachtete die Umstehenden, die im Gebet verweilten. Um 11 Uhr abends hatte der Papst gefragt, wieviel Uhr es sei. Der Erzbischof von Bologna antwortete mit der genauen Zeitangabe, worauf Benedikt XV. die Worte sprach: „Seht schlafen, bis 6 Uhr morgens ist noch viel Zeit.“ Am Sonntag morgen, Punkt 6 Uhr, hauchte er den letzten Seufzer aus.

In seinem letzten Willen hat der Papst bestimmt, daß sein Leichnam, mit den päpstlichen Gewändern bekleidet, drei Stunden lang im Thronsaal des Vatikans und danach zwei Tage hindurch in der Peterskirche ausgestellt werde. Die Überführung in den Thronsaal geschah in der feierlichsten Weise; es wohnten ihr die Kardinäle, Kirchenfürsten, Diplomaten und Hofwürdenträger bei. Zehn Nobelgardes bildeten die Ehrenwache. Unmittelbar hinter der Leiche schritten die Neffen und Verwandten des Papstes. Den Zug schloß wieder eine Abteilung Nobelgardes. Auf dem Petersplatz drängte sich eine gewaltige Menschenmenge, und ungeheure Scharen strömten in die Peterskirche. In Rom sind zum Zeichen der Trauer fast alle Theater und Lichtspiele geschlossen, und der italienische Ministerpräsident ordnete an, daß für einen Tag auch alle Staatsschulen zu schließen seien.

Nach dem vom Kardinal-Staatssekretär Gaspari den andern Kardinälen vorgelesenen Testament Benedikts XV. hinterläßt der Papst sein Ver Vermögen und seine Besitztümer in seinem Heimatort Pegli in Ligurien seinem Neffen Joseph della Chiesa.

Der Kardinalerzbischof Schulte-Köln und der Kardinalerzbischof Vertram-Breslau werden sich in diesen Tagen mit dem Kardinalerzbischof von Foulshaber von München aus zur Papstwahl nach Rom begeben.

Das Beileid des Reichspräsidenten.

Reichspräsident Ebert richtete anläßlich des Hinscheidens des Papstes an den Apostolischen Nuntius Pacelli in München nachstehendes Telegramm:

„Tief erschüttert durch das Hinscheiden Seiner Heiligkeit des Papstes spreche ich Eurer Exzellenz im Namen des Deutschen Reiches meine aufrichtige Teilnahme aus. Das deutsche Volk gedankt in Dankbarkeit der großen Liebestätigkeit des Papstes während des Weltkrieges und in der Folgezeit, sowie seiner unermüdblichen Bestrebungen für den Wiederaufbau der Welt im Sinne der Völkerverständigung und christlichen Nächstenliebe.“

Solales und Provinzielles.

Salver, den 25. Januar 1922

□ Strenge Kälte. Fast schien es, als ob auch er dritte Winter wie seine beiden Vorgänger sich mit einigen November- und Dezemberfrösten begnügen wollte und nach Neujahr keine nennenswerten Kälteperioden mehr bringen würde. Diesmal aber sollen wir offenbar nicht so glimpflich in ein zeitiges Frühjahr hineintreten. Die Wetterlage hat eine Gestalt angenommen, die mit großer Wahrscheinlichkeit darauf rechnen läßt, daß der jetzt eingetretene scharfe Frost von unangenehmer Dauer sein dürfte. Die Ursache ist der hohe Luftdruck, der jetzt über dem größten Teil von Europa fast gleichmäßig ausgebreitet liegt und dessen Kern von mindestens 790 Millimeter Höhe anwen-

„Diese Torheit, wie du es zu nennen pflegst, ist reichlich überlegt und nicht leichtsinnig beschloffen. Beurteile mich recht, ich würde zur Erreichung des Zieles meiner innigsten Wünsche zu jedem Opfer bereit sein. Die Ueberzeugung darfst du haben, daß ich Geist und Herz meiner Gera einer eingehenden Prüfung unterzogen habe. Eben weil meine Liebe zu ihr so groß ist, zwang ich mich, zu prüfen und gottlob, ich fand einen Edelstein köstlicher Art. Darum bitte ich nochmals recht herzlich, sieh sie dir genau an.“

„Du wirst mir wohl verzeihen, wenn ich in den Scharfblick eines Verliebten nicht allzu viel Vertrauen setze. Uebrigens ist es für eine Dame von Stand und Name doppelt erniedrigend, wenn sie sich einem solchen Verurteil hingibt. Haben wir nicht adelige Stifte genug, welche junge Damen von Stand ein Heim bieten?“

„Dafür ist Gerda ein zu stark angelegter, selbständiger Charakter, um in einer solchen klawischen Anstalt ein Unterformen zu suchen. Sie ist stolz auf ihre Freiheit.“

„Du bestätigst meine Befürchtungen. Gerade die — Freiheit — ist in meinen Augen der Moment des Anstoßes. Nie, das merke dir, werde ich eine Person Schwiegertochter nennen, deren Vorleben solche — freizeitliche Lügen — aufweist, die sich mit den Anschauungen gesellschaftlicher Moral nicht vereinigen lassen, mag ihre Person an sich noch so tadellos und einwandfrei dastehen. — Lassen wir dies unerquickliche Thema also fallen, meine Ueberzeugung in dieser Sache kennst du jetzt.“ — Eine kleine Pause trat ein, ehe Ewald seiner Mutter antwortete.

„Zu meinem Bedauern kann ich dies Thema noch nicht verlassen, sondern muß dir als Ehrenmann erklären, daß Gerda mein Wort hat. Ich betrachte mich als ihr Verlobter und werde mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln auf unsere Vereinigung hinwirken. Neuester schmerzhaft ist es mir, deinen Wünschen zuwiderhandeln zu müssen, aber das was ich als mein Glück erkannt habe, lasse ich mir nicht aus den Händen winden.“

Jetzt verließ die Baronin denn doch ihre mühsam bewahrte Ruhe. Mit blühenden Augen sah sie Ewald in das runde Gesicht. „Bist du von Sinnen? — Bedenkt du nicht das Urteil der Welt? Was glaubst du wohl, würde Onkel Günter zu deinen abenteuerlichen Plänen sagen?“

(Fortsetzung folgt.)

